

Niederschrift

über die 2. Sitzung (öffentlicher Teil)
des Hauptausschusses
am Mittwoch, **03.02.2010**, 17:01 Uhr - 17:58 Uhr,
Festsaal, Rathaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Frank Baumann, Sybille Benning (Vertretung für Herrn Josef Rickfelder), Meik Bolte, Edgar Drüge, Dr. Dietmar Erber, Rudolf Klein, Robert Otte, Karin Reismann, Heinz-Dieter Sellenriek, Stefan Weber

von der SPD-Fraktion

Dr. Fritz Baur, Beanka Ganser, Maria Anna Hakenes, Wolfgang Heuer, Dr. Michael Jung, Anne Schulze Wintzler (Vertretung für Herrn Holger Wigger), Wendela-Beate Vilhjalmsen

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Helga Bennink, Gerhard Joks, Heribert Klas, Carsten Peters, Tim Rohleder

von der FDP-Fraktion

Carola Möllemann-Appelhoff, Hans Varnhagen

von der Fraktion DIE LINKE.

Raimund Köhn

von der Ratsgruppe UWG/ÖDP

Fritz Pfau

Vorsitz

Oberbürgermeister Markus Lewe

von der Verwaltung

Reinhard Adams, Martina Arndts-Haupt, Gerd Bertling, Helga Bickeböller, Klaus Frohne, Dr. Andrea Hanke, Dr. Wolf Heinrichs, Michaela Heuer, Dr. Andreas Hoffknecht, Jochen Köhnke, Frank Möller, Dr. Henning Müller-Tengelmann, Andreas Nienaber, Thomas Paal, Alfons Reinkemeier, Hartwig Schultheiß, Dr. Caroline Schwintek, Siegfried Thielen, Rainer Uetz

für die Schriftführung

Jürgen Kupferschmidt

für die Stenogrammaufnahme

Heike Krüger

Es fehlten:

Josef Rickfelder (CDU), Holger Wigger (SPD)

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die 2. Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Hauptausschusses am 03.02.2010

Tagesordnung

1. Eingänge und Mitteilungen

Beschlusspunkte des Hauptausschusses

- | | | |
|---------------------------|------|--|
| | 2. | Weitere Behandlung verwiesener Ratsanträge |
| <u>V/0029/2010</u>
OB | 2.1. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL Nr. A-R/0030/2009 vom 02.12.2009 "Änderung der Satzung des Gestaltungsbeirates" |
| <u>V/0021/2010</u>
I | 2.2. | Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL an den Rat der Stadt Münster, Nr. A-R/0027/2009 vom 30.11.2009
"Säuberung der Fahrradabstellflächen am Osteingang des Hauptbahnhofes in Abstimmung mit der DB AG" |
| <u>V/0077/2010</u>
II | 2.3. | Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Münster Nr. A-R/0025/2009 "Rathaus öffnen: Bürgerhaushalt für Münster" |
| <u>V/0025/2010</u>
III | 2.4. | Antrag A-R/0023/2009 der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Münster vom 02.11.2009
"Als Ergänzung zur Ausweisung von Neubaugebieten strategische Entwicklungsperspektiven für das Wohnen im Bestand schaffen" |

- V/0027/2010
III
- 2.5. Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis90/Die Grünen/GAL, der Fraktion Die Linke. Münster, dem Ratsherr Pfau (UWG), dem Ratsherr Kersting (ödp) und dem Ratsherr Langenfeld (Piraten) an den Rat vom 02.12.2010 - A-R/0031/2009 "Planung für III. Nordtangente einstellen - Flächennutzungsplan korrigieren"
- V/0829/2009
III
- 2.6. Antrag der FDP-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0024/2009 vom 02.11.2009 "Straßenbenennung nach Chris Gueffroy"
- V/0050/2010
III
- 2.7. Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Fraktion Die Linke.Münster, Ratsherr Pfau, Ratsherr Kersting, Ratsherr Langenfeld an den Rat Nr. 32/2009 " Mehr Platz für mehr Radverkehr - Lücken im Netz schließen - Hindernisse für FußgängerInnen aus dem Weg räumen"
- V/0054/2010
IV
- 2.8. Antrag der SPD-Fraktion Nr. A-R/0019/2009 vom 24.06.2009 an den Rat "Haus der Kulturen" - Förderung der interkulturellen Begegnung unter einem gemeinsamen Dach Anregung des Ausländerbeirates Nr. AAB/0003/2009 vom 03.12.2009 an den Rat
- V/0070/2010
IV
- 2.9. Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Fraktion Die Linke.Münster, Ratsherr Langenfeld an den Rat Nr. A-R/0034/2009; Betrifft : Chancen für alle Kinder unserer Stadt - Maßnahmenprogramm zur Bekämpfung der Kinderarmut in Münster
- V/0088/2010
OB/1
3. Beschwerde gemäß § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen wegen Erteilung von Taxi-Konzessionen
hier: Beschwerde Nr. 3/2009

Vorberatung von Ratsentscheidungen

- V/0081/2010
I
4. Ordnungsbehördliche Verordnung zur Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtbezirk Münster-Mitte, - Innenstadtbereich "Altstadt/Bahnhofsviertel" - für die Jahre 2008 bis 2010
- V/0056/2010/1
V/0056/2010
II
5. Zukunftsinvestitionsgesetz - Inanspruchnahme der Fördermittel in der Stadt Münster (Dritter Zwischenbericht)
- V/0026/2010/1
V/0026/2010
II
6. NKF-Gesamtabschluss für die Stadt Münster zum 31.12.2010 / Gesamtabschlussrichtlinie

<u>V/0053/2010</u> II	7.	Grundausrüstung des Beteiligungsmanagements im Stadtkonzern Münster
<u>V/0834/2009</u> III	8.	Städtebauliche Rahmenbedingungen für die Durchführung eines Europaweiten Vergabeverfahrens zur Veräußerung der stadtwereeigenen Grundstücke "ehemaliges OSMO-Gelände" sowie der zur Insolvenzmasse der Fa. Ostermann & Scheiwe GmbH & Co.KG gehörenden Grundstücke im Bereich zwischen Schillerstraße und Stadthafen 1
<u>V/0008/2010</u> III	9.	Dichtheitsprüfung von privaten Grundstücksentwässerungsanlagen Umsetzung des § 61a Landeswassergesetz NRW "Private Abwasseranlagen"
<u>V/0876/2009</u> III	10.	Satzung zur Festlegung der Fristen der Dichtheitsprüfung von privaten Grundstücksentwässerungsanlagen in Wasserschutzgebieten
	11.	Bauleitplanung
	11.1.	Stadtbezirk Hilstrup
<u>V/0842/2009</u> III	11.1.1.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 519: Hilstrup - Westlich Meesenstiege / Milingheide 1. Beschluss über die Stellungnahmen 2. Satzungsbeschluss
	11.2.	Stadtbezirk Südost
<u>V/0810/2009</u> III	11.2.1.	Bebauungsplan Nr. 533: Wolbeck - Eschstraße (zwischen Silberbrink und Ortsumgehung) Beschluss zur Aufstellung
<u>V/0042/2010</u> OB	12.	Bestellung von Vertreter/innen der Stadt Münster in den Ausschuss des Unterhaltungsverbandes II St. Mauritz - Altenberge
<u>V/0031/2010</u> OB	13.	Bestellung von Mitgliedern des Rates für den Integrationsrat
<u>V/0043/2010/1</u> <u>V/0043/2010</u> OB	14.	Besetzungen und Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und sonstigen Gremien
<u>V/0044/2010</u> OB	15.	Entsendung von sachkundigen Einwohnern/innen in Ausschüsse des Rates
	16.	Verschiedenes

Herr **Lewe** eröffnete die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses um 17.01 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Herr **Lewe** bat, folgende Vorlage von der Tagesordnung abzusetzen, da sie im Fachausschuss noch nicht abschließend beraten worden ist:

V/0834/2009
III

8. Städtebauliche Rahmenbedingungen für die Durchführung eines Europaweiten Vergabeverfahrens zur Veräußerung der stadtwerkeigenen Grundstücke "ehemaliges OSMO-Gelände" sowie der zur Insolvenzmasse der Fa. Ostermann & Scheiwe GmbH & Co.KG gehörenden Grundstücke im Bereich zwischen Schillerstraße und Stadthafen 1

Es erhob sich kein Widerspruch.
Somit war die Vorlage von der Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Es lagen keine Eingänge und Mitteilungen vor.

Beschlusspunkte des Hauptausschusses

Punkt 2 der Tagesordnung

Weitere Behandlung verwiesener Ratsanträge

Punkt 2.1 der Tagesordnung V/0029/2010

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL Nr. A-R/0030/2009 vom 02.12.2009 "Änderung der Satzung des Gestaltungsbeirates"

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

„I. Sachentscheidung

1. Die Verwaltung wird beauftragt, zukünftig bei der Vorbereitung der Besetzung von Kommissionen, Beiräten, Verwaltungs- und Aufsichtsräten und sonstigen Gremien die vorschlagenden Institutionen frühzeitig darauf hinzuweisen, dass nach § 12 des Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männer für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz) auf eine geschlechterparitätische Besetzung zu achten ist.
2. Mit dieser Maßgabe ist der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL Nr. A-R/0030/2009 vom 02.12.2009 (Anlage der Vorlage = Anlage 1 der Originalniederschrift) erledigt.“

**Punkt 2.2 der Tagesordnung
V/0021/2010**

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL
an den Rat der Stadt Münster, Nr. A-R/0027/2009
vom 30.11.2009**

**"Säuberung der Fahrradabstellflächen am
Osteingang des Hauptbahnhofes in Abstimmung
mit der DB AG"**

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

„I. Sachentscheidung

1. Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis, dass die Umsetzung eines Reinigungs- und Aufräumkonzeptes an den Fahrradabstellanlagen auf der Ostseite des Hauptbahnhofes zusätzliche Haushaltsmittel erfordert. Der erforderliche Mehraufwand in Höhe von ca. 10.000,00 Euro/jährlich ist bisher nicht veranschlagt. Über die Bereitstellung der Mittel wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Deutschen Bahn AG ein Reinigungs- und Aufräumkonzept auszuarbeiten. Dieses Konzept wird dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung zur Entscheidung vorgelegt.“

**Punkt 2.3 der Tagesordnung
V/0077/2010**

**Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Münster
Nr. A-R/0025/2009 "Rathaus öffnen: Bürgerhaushalt
für Münster"**

Frau **Schulze Wintzler** beantragte, die erarbeiteten Beteiligungsmöglichkeiten - siehe Punkt 2 des Beschlussvorschlages - auch im Ausschuss für Gleichstellung abzustimmen und über die weiteren Umsetzungsschritte regelmäßig zu berichten.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde einstimmig angenommen.

Der Hauptausschuss beschloss unter Berücksichtigung des angenommenen Antrages der SPD-Fraktion einstimmig:

„I. Sachentscheidung

1. Der Hauptausschuss nimmt die bisherigen, in der Begründung dargestellten Aktivitäten der Verwaltung für eine stärkere Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, konkrete Beteiligungsmöglichkeiten gemeinsam mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern bzw. Einwohnerinnen und Einwohnern zu erarbeiten, diese im federführenden Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften und im Ausschuss für Gleichstellung abzustimmen und über die weiteren Umsetzungsschritte regelmäßig zu berichten.“

**Punkt 2.4 der Tagesordnung
V/0025/2010**

Antrag A-R/0023/2009 der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Münster vom 02.11.2009

"Als Ergänzung zur Ausweisung von Neubaugebieten strategische Entwicklungsperspektiven für das Wohnen im Bestand schaffen"

Frau **Schulze Wintzler** beantragte, den Antrag der FDP-Fraktion A-R/0023/2009 an den Rat 'Als Ergänzung zur Ausweisung von Neubaugebieten strategische Entwicklungsperspektiven für das Wohnen im Bestand schaffen' auch an den Ausschuss für Gleichstellung zu verweisen.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde einstimmig angenommen.

Der Hauptausschuss beschloss unter Berücksichtigung des angenommenen Antrages der SPD-Fraktion einstimmig:

„I. Sachentscheidung

Der Antrag der FDP-Fraktion A-R/0023/2009 an den Rat 'Als Ergänzung zur Ausweisung von Neubaugebieten strategische Entwicklungsperspektiven für das Wohnen im Bestand schaffen' wird an den Ausschuss für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehr und Wirtschaft und an den Ausschuss für Gleichstellung verwiesen.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass mit dem vorstehenden Beschluss unmittelbar keine Kosten entstehen.“

**Punkt 2.5 der Tagesordnung
V/0027/2010**

Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis90/Die Grünen/GAL, der Fraktion Die Linke. Münster, dem Ratsherr Pfau (UWG), dem Ratsherr Kersting (ödp) und dem Ratsherr Langenfeld (Piraten) an den Rat vom 02.12.2010 - A-R/0031/2009 "Planung für III. Nordtangente einstellen - Flächennutzungsplan korrigieren"

Herr **Heuer** beantragte für die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, die Fraktion DIE LINKE. und die Ratsgruppe UWG/ÖDP:

„Der Hauptausschuss möge beschließen:

Die Trasse der III. Nordtangente bzw. Entlastungsstraße Nord zwischen der Steinfurter Straße und dem Schiffahrter Damm wird aus dem Flächennutzungsplan (FNP) gestrichen. Das hierzu erforderliche Änderungsverfahren ist unter gleichzeitiger Einstellung aller weiteren Planungs- und Prüfverfahren für die III. Nordtangente unverzüglich einzuleiten.“

Herr **Köhn** beantragte für die Fraktion DIE LINKE.:

„Der Hauptausschuss möge beschließen:

1. Das Wort **nicht** wird gestrichen
2. Erweiterung des Beschlussvorschlages um:
Es wird geprüft, wie im Planungsbereich die wertvollen und geschützten

Landschaftsbestandteile als ökologischer Schutzraum ausgeweitet, ggf. höher gestuft, und noch besser in das Biotopverbundnetz eingebunden werden können.

Statt den Autoverkehr im Plangebiet mit neuen Straßen weiter zu erhöhen, soll die Verkehrsbelastung reduziert werden. Dazu sind entsprechende BürgerInnen-Beteiligungsmöglichkeiten, z.B. durch BürgerInnenversammlungen zu gewährleisten, um hierdurch die Möglichkeit zu schaffen, gezielt Vorschläge einzubringen.“

Nach ausführlicher Diskussion schlug Herr **Heuer** vor, die Ziffer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE. als Punkt 2 zum Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, der Fraktion DIE LINKE. und der Ratsgruppe UWG/ÖDP hinzuzufügen.
Herr **Köhn** stimmte dem zu.

Herr **Lewe** stellte den Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, der Fraktion DIE LINKE. und der Ratsgruppe UWG/ÖDP unter Einbeziehung der Ziffer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE. zur Abstimmung.

Der Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, der Fraktion DIE LINKE. und der Ratsgruppe UWG/ÖDP unter Einbeziehung der Ziffer 2 des Antrages der Fraktion DIE LINKE. wurde mit Mehrheit (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, DIE LINKE., UWG/ÖDP) bei Gegenstimmen (OB, CDU, FDP) angenommen.

Somit beschloss der Hauptausschuss:

- „1. Die Trasse der III. Nordtangente bzw. Entlastungsstraße Nord zwischen der Steinfurter Straße und dem Schiffahrter Damm wird aus dem Flächennutzungsplan (FNP) gestrichen. Das hierzu erforderliche Änderungsverfahren ist unter gleichzeitiger Einstellung aller weiteren Planungs- und Prüfverfahren für die III. Nordtangente unverzüglich einzuleiten.
2. Es wird geprüft, wie im Planungsbereich die wertvollen und geschützten Landschaftsbestandteile als ökologischer Schutzraum ausgeweitet, ggf. höher gestuft, und noch besser in das Biotopverbundnetz eingebunden werden können.

Statt den Autoverkehr im Plangebiet mit neuen Straßen weiter zu erhöhen, soll die Verkehrsbelastung reduziert werden. Dazu sind entsprechende BürgerInnen-Beteiligungsmöglichkeiten, z.B. durch BürgerInnenversammlungen zu gewährleisten, um hierdurch die Möglichkeit zu schaffen, gezielt Vorschläge einzubringen.“

**Punkt 2.6 der Tagesordnung
V/0829/2009**

**Antrag der FDP-Fraktion an den Rat Nr. A-
R/0024/2009 vom 02.11.2009 "Straßenbenennung
nach Chris Gueffroy"**

Herr **Dr. Jung** beantragte für die SPD-Fraktion:

„Der Hauptausschuss möge beschließen:

Die Vorlage wird ergänzt:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses einen Verfahrensvorschlag zu dem Antrag der SPD-Fraktion zur Umbenennung des Hindenburgplatzes vom 14.01.2008 sowie zu den Vorschlägen zur Umbenennung des Carl-Diem-Weges und des Jöttenwegs vorzulegen.“

Herr **Lewe** schlug vor, das Thema in der nächsten Sitzung des Ältestenrates zu erörtern und auf dieser Basis die Anträge zu bearbeiten.

Aufgrund dieser Zusage zog Herr **Dr. Jung** den Antrag der SPD-Fraktion zurück.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

„I. Sachentscheidung

Der Antrag der FDP-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0024/2009 vom 02.11.2009 'Straßenbenennung nach Chris Gueffroy' wird zur weiteren Beratung an die zuständige Bezirksvertretung verwiesen.

II. Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.“

**Punkt 2.7 der Tagesordnung
V/0050/2010**

Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Fraktion Die Linke.Münster, Ratsherr Pfau, Ratsherr Kersting, Ratsherr Langenfeld an den Rat Nr. 32/2009 " Mehr Platz für mehr Radverkehr - Lücken im Netz schließen - Hindernisse für FußgängerInnen aus dem Weg räumen"

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

„I. Sachentscheidung

Der Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Fraktion Die Linke Münster, Ratsherr Pfau, Ratsherr Kersting, Ratsherr Langenfeld an den Rat Nr. 0032/2009 'Mehr Platz für mehr Radverkehr - Lücken im Netz schließen - Hindernisse für FußgängerInnen aus dem Weg räumen' (Anlage 1 der Vorlage = Anlage 2 der Originalniederschrift) wird zuständigkeitshalber an den Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft verwiesen.“

**Punkt 2.8 der Tagesordnung
V/0054/2010**

Antrag der SPD-Fraktion Nr. A-R/0019/2009 vom 24.06.2009 an den Rat "Haus der Kulturen" - Förderung der interkulturellen Begegnung unter einem gemeinsamen Dach Anregung des Ausländerbeirates Nr. AAB/0003/2009 vom 03.12.2009 an den Rat

Frau **Schulze Wintzler** beantragte, den Antrag der SPD-Fraktion Nr. A-R/0019/2009 vom 24.06.2009 an den Rat 'Haus der Kulturen - Förderung der interkulturellen Begegnung unter einem gemeinsamen Dach' und die Anregung des Ausländerbeirates an den Rat 'Nutzung des Kiffe-Pavillons als Haus der Kulturen' auch an den Ausschuss für Gleichstellung zur weiteren Beratung zu verweisen.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde einstimmig angenommen.

Der Hauptausschuss beschloss unter Berücksichtigung des angenommenen Antrages der SPD-Fraktion einstimmig:

„I. Sachentscheidung

Der Antrag der SPD-Fraktion Nr. A-R/0019/2009 vom 24.06.2009 an den Rat 'Haus der Kulturen' – Förderung der interkulturellen Begegnung unter einem Dach (Anlage 1 der Vorlage = Anlage 3a der Originalniederschrift) und die Anregung des Ausländerbeirates an den Rat 'Nutzung des Kiffe-Pavillons als Haus der Kulturen' (Anlage 2 der Vorlage = Anlage 3b der Originalniederschrift) werden zur weiteren Beratung an den Kulturausschuss und an den Ausschuss für Gleichstellung verwiesen.

Der Integrationsrat sowie die Migrantenselbstorganisationen sind zu beteiligen.

II. Kosten/Folgekosten

Mit dieser Vorlage entstehen keine Kosten und Folgekosten.“

**Punkt 2.9 der Tagesordnung
V/0070/2010**

Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL, Fraktion Die Linke.Münster, Ratsherr Langenfeld an den Rat Nr. A-R/0034/2009; Betrifft : Chancen für alle Kinder unserer Stadt - Maßnahmenprogramm zur Bekämpfung der Kinderarmut in Münster

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

„I. Sachentscheidung

Die Verwaltung wird beauftragt, Umsetzungsvorschläge für die in dem o. a. Antrag genannten Maßnahmen zu entwickeln und den zu beteiligenden politischen Gremien zur Beratung / Beschlussfassung vorzulegen.“

**Punkt 3 der Tagesordnung
V/0088/2010**

**Beschwerde gemäß § 24 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen wegen Erteilung von Taxi-Konzessionen
hier: Beschwerde Nr. 3/2009**

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig:

„I. Sachentscheidung

Die Beschwerde Nr. 3/09 von Herrn Prof. Dr. Nagels vom 30.09.2009 (Anlage der Vorlage = Anlage 4 der Originalniederschrift) wird zurückgewiesen.“

Vorberatung von Ratsentscheidungen

Punkt 4 der Tagesordnung V/0081/2010

Ordnungsbehördliche Verordnung zur Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtbezirk Münster-Mitte, - Innenstadtbereich "Altstadt/Bahnhofsviertel" - für die Jahre 2008 bis 2010

Herr **Klas** regte an, die Vorlage nicht heute, sondern mit der zur nächsten Sitzung des Rates folgenden Vorlage für die Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen für die drei anderen vom Einzelhandelsverband Münsterland e. V. beantragten Sonntage zu behandeln.

Herr **Dr. Heinrichs** führte aus: Sollte die Ordnungsbehördliche Verordnung vom 14.03.2008, die für die Jahre 2008 bis 2010 die Sonntagsöffnungen am Frühjahrssendsonntag und am Herbstsendsonntag genehmigt, heute nicht aufgehoben werden, selbst wenn der Einzelhandelsverband Westfalen-Münsterland e. V. auf die Inanspruchnahme der genehmigten Verkaufsöffnungen an den Send-Sonntagen verzichtet, hätten andere Geschäfte die Möglichkeit, an diesen Sendsonntagen zu öffnen. Da der Frühjahrssend in diesem Jahr vor dem 17.03.2010 (nächste Ratssitzung) stattfindet, sei daher eine Trennung der beiden Vorlagen unumgänglich.

Nach ausführlicher Diskussion schlug Herr **Lewe** vor, die Vorlage zu schieben, bis die Rahmenbedingungen geklärt sind.

Es erhob sich kein Widerspruch. Somit wurde die Vorlage in den Rat geschoben.

Punkt 5 der Tagesordnung V/0056/2010/1 V/0056/2010

Zukunftsinvestitionsgesetz - Inanspruchnahme der Fördermittel in der Stadt Münster (Dritter Zwischenbericht)

Es lag eine Ergänzung zur Vorlage vor.

Frau **Bickeböller** teilte mit, dass das Innenministerium NRW die Anfrage der Stadtverwaltung bereits am heutigen Tage beantwortet habe. Das Innenministerium habe mitgeteilt, dass es für die einzelne Kommune keine vorgegebene Quote für die energetische Sanierung im Bereich der Schulinfrastruktur gebe. Insofern entspreche die geplante Investition in das Ketteler-Berufskolleg den Förderbedingungen.

Der Hauptausschuss beschloss unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage und des Hinweises von Frau Bickeböller einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung

1. Der Rat nimmt den dritten Zwischenbericht zur Inanspruchnahme der Fördermittel aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz zur Kenntnis.
2. Vor dem Hintergrund der im dritten Zwischenbericht dargestellten Veränderungen und Verschiebungen bei der Inanspruchnahme der Fördermittel beschließt der Rat:
 - 2.1. Im Bereich „Bildungsinfrastruktur“ werden die wieder frei gewordenen Konjunkturpaket II-Fördermittel für Mehrbedarfe bei den Maßnahmen

- Kath. Kiga St. Konrad,
 - Kath. Kita St. Maximilian Kolbe,
 - Idaschule,
 - WC- und Sanitärraumsanierungsprogramm
- und für die Maßnahme
- Wartburgschule
- eingesetzt.

2.2. Im Bereich ‚Sonstige Infrastruktur‘ werden die wieder frei gewordenen Konjunkturpaket II-Fördermittel für Mehrbedarfe bei den Maßnahmen

- Schulsportaußenanlage Pötterhoekschule,
- Schulsportaußenanlage Grundschule Kinderhaus-West,
- Schulsportaußenanlage Geistschule

und für zusätzliche Maßnahmen im Bereich

- Spielplatzsanierungen,
- Theater im Pumpenhaus,
- Begegnungszentrum Sprickmannstraße und
- Deutsches Rotes Kreuz, Behindertengerechter Ausbau der Tagungseinrichtung

eingesetzt.

2.3. Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich auf Grundlage der bisher vorgenommenen Überlegungen zum Wilhelm-Emmanuel-von-Ketteler-Berufskolleg die Planungen fortzusetzen und die hierfür erforderlichen Schritte einzuleiten, sofern die Verwaltung hierzu innerhalb der nächsten zwei Wochen eine positive Rückmeldung aus dem Innenministerium NRW erhält. Alternativ werden energetische Maßnahmen an folgenden Schulstandorten umgesetzt, und das Ketteler-Berufskolleg wird über den städtischen Haushalt finanziert:

- Annette-von-Droste-Hülshoff-Schule Nienberge
- Astrid Lindgren-Schule
- Grundschule Sprakel
- Hauptschule Hilstrup
- Kardinal-von-Galen-Schule Handorf
- Marienschule Hilstrup
- Wilhelm-Hittorf-Gymnasium.

II. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung wird innerhalb des gesamten zur Verfügung stehenden Budgets für das Konjunkturpaket II finanziert.“

Punkt 6 der Tagesordnung
V/0026/2010/1
V/0026/2010

NKF-Gesamtabschluss für die Stadt Münster zum
31.12.2010 / Gesamtabschlussrichtlinie

Es lag eine Ergänzung zur Vorlage vor.

Der Hauptausschuss beschloss unter Berücksichtigung der Ergänzungsvorlage einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung

1. Der Rat nimmt den dargestellten Sachstandsbericht zum Gesamtabschluss der Stadt Münster zum 31.12.2010 einschließlich der beigefügten Gesamtabschlussrichtlinie zur Kenntnis.“

Punkt 7 der Tagesordnung
V/0053/2010

Grundausrichtung des Beteiligungsmanagements
im Stadtkonzern Münster

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

„Sachentscheidung

1. Die Einordnung der Beteiligungen in die Informations- und Steuerungscluster lt. Anlage (Anlage der Vorlage = Anlage 5 der Originalniederschrift) wird als Grundlage für das weitere Beteiligungsmanagement für die neue Ratsperiode beschlossen.
2. Die Erläuterungen zum Umsetzungsstand der Neustrukturierung des Beteiligungsmanagements im 'Stadtkonzern Münster' sowie zur Entwicklung des Beteiligungsportfolios werden zur Kenntnis genommen.
3. Die Mitglieder in Aufsichtsräten bzw. Werksausschüssen werden in Informationsveranstaltungen über ihre Rechte und Pflichten informiert.
4. Die Berichtsintervalle für die eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen Münster Marketing, Citeq und Städtische Bühnen werden auf der Grundlage der geänderten Eigenbetriebsverordnung auf eine vierteljährliche Berichterstattung festgelegt und dementsprechend in die Informationskategorie A aufgenommen.
5. Die Beteiligungsgrundsätze und die Rahmenrichtlinie der Stadt Münster zur Umsetzung in den städtischen Mehrheitsbeteiligungen bzw. als Orientierungsgrundlage in Minderheitsbeteiligungen behält weiterhin ihre Gültigkeit. Es wird zur Kenntnis genommen, dass diese in Kürze in einer aktualisierten Version vorgelegt und zu einer Corporate-Governance Richtlinie der Stadt Münster weiterentwickelt werden.
6. Es wird zur Kenntnis genommen, dass im Rahmen des NKF-Gesetzes zum 31.12.2010 der erste Gesamtabschluss (Konzernabschluss) der Stadt Münster erstellt wird.“

Punkt 8 der Tagesordnung V/0834/2009	Städtebauliche Rahmenbedingungen für die Durchführung eines Europaweiten Vergabeverfahrens zur Veräußerung der stadtwerkeeigenen Grundstücke "ehemaliges OSMO-Gelände" sowie der zur Insolvenzmasse der Fa. Ostermann & Scheiwe GmbH & Co.KG gehörenden Grundstücke im Bereich zwischen Schillerstraße und Stadthafen 1
---	--

Die Vorlage wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 9 der Tagesordnung V/0008/2010	Dichtheitsprüfung von privaten Grundstücks-entwässerungsanlagen Umsetzung des § 61a Landeswassergesetz NRW "Private Abwasseranlagen"
---	---

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung

1. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Stadt Münster aufgrund der Novellierung des Landeswassergesetzes NRW (31.12.2007) gem. § 61a Landeswassergesetz NRW verpflichtet ist, über die Einhaltung der gesetzlichen Anforderungen und über die Durchführung der Dichtheitsprüfung zu unterrichten und zu beraten.
2. Der Rat stimmt der unter Ziffer 4 der Begründung beschriebenen Umsetzungskonzeption (Anlage 6 der Originalniederschrift) zu.
3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass das erforderliche Personal für die Unterrichtung und Beratung im Umfang von einer Stelle tiefbauamtsintern durch Verwendung einer freien Stelle in Anspruch genommen wird.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass Personalaufwendungen in Höhe von 61.340 € /jährlich (kostenneutral) anfallen, die bereits über die Abwassergebühr refinanziert werden. Sie betragen ca. 0,3 Cent / m³ Abwasser.“

Punkt 10 der Tagesordnung V/0876/2009	Satzung zur Festlegung der Fristen der Dichtheitsprüfung von privaten Grundstücks-entwässerungsanlagen in Wasserschutzgebieten
--	---

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung

Die anliegende Satzung (Anlage der Vorlage = Anlage 7 der Originalniederschrift) gemäß § 61a Absatz 5 Satz 2 LWG NRW zur Festlegung der Fristen der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen wird beschlossen.“

Punkt 11 der Tagesordnung**Bauleitplanung****Punkt 11.1 der Tagesordnung****Stadtbezirk Hilstrup****Punkt 11.1.1 der Tagesordnung
V/0842/2009****Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 519:
Hilstrup - Westlich Meesenstiege / Milingheide
1. Beschluss über die Stellungnahmen
2. Satzungsbeschluss**

Der Hauptausschuss beschloss mit Mehrheit (OB, CDU, SPD, FDP, UWG/ÖDP) bei Gegenstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL) und einer Stimmenthaltung (DIE LINKE.), dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung

1. Nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander wird den nachfolgenden Stellungnahmen zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 519: Hilstrup – Westlich Meesenstiege / Milingheide nicht gefolgt:
 - 1.1 Der Kritik an der Nichteinbeziehung des Grundstücks Meesenstiege Nr. 74 in das Plankonzept (Anlage 1 der Vorlage, Punkt 1 a = Anlage 8 der Originalniederschrift).
 - 1.2 Dem Einwand gegen den planerischen Umgang mit der ehemaligen Hofstelle Meesenstiege 56/58 (Anlage 1 der Vorlage, Punkt 1 b = Anlage 8 der Originalniederschrift).
 - 1.3 Der Beanstandung des der Bebauung zugrundeliegenden Lärmschutzkonzeptes (Anlage 1 der Vorlage, Punkt 1 c = Anlage 8 der Originalniederschrift).
 - 1.4 Der Bemängelung einer unzureichenden Ermittlung etwaiger Anspruchsvoraussetzungen auf passiven Lärmschutz gemäß BImSchV für die Bestandsbebauung (Anlage 1 der Vorlage, Punkte 1 d und 2 = Anlage 8 der Originalniederschrift).
 - 1.5 Der Befürchtung einer Verschlechterung der Verkehrs- und Immissionssituation im Einmündungsbereich Meesenstiege / Wielandstraße und der Forderung nach geeigneten Abhilfemaßnahmen (Anlage 1 der Vorlage, Punkte 1 e und 2 = Anlage 8 der Originalniederschrift).
 - 1.6 Der Einschätzung, die geplanten Bushaltestellen in Höhe der Wielandstraße seien nicht erforderlich (Anlage 1 der Vorlage, Punkt 1 f = Anlage 8 der Originalniederschrift).
 - 1.7 Der Forderung nach Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in der Meesenstiege (Anlage 1 der Vorlage, Punkt 2 = Anlage 8 der Originalniederschrift).
 - 1.8 Der Anregung, den Kreuzungsbereich Wielandstraße / Meesenstiege als Kreisverkehr auszubilden (Anlage 1 der Vorlage, Punkt 3 = Anlage 8 der Originalniederschrift).
 - 1.9 Der Verneinung eines Bedarfes für eine Wohnbauentwicklung in dem angestrebten Umfang (Anlage 1 der Vorlage, Punkt 4 = Anlage 8 der Originalniederschrift).
 - 1.10 Dem Vorwurf des mangelnden Ausgleichs für den massiven Eingriff in Flora und Fauna (Anlage 1 der Vorlage, Punkt 4 = Anlage 8 der Originalniederschrift).
 - 1.11 Der Ansicht, die soziale Infrastrukturausstattung sei nicht ausreichend (Anlage 1 der Vorlage, Punkt 4 = Anlage 8 der Originalniederschrift).
 - 1.12 Der Besorgnis über eine unzureichende Untersuchung auf Kampfmittel aus dem 2. Weltkrieg (Anlage 1 der Vorlage, Punkt 4 = Anlage 8 der Originalniederschrift).

1.13 Der Befürchtung von Grundwasserabsenkungen infolge des neuen Baugebietes (Anlage 1 der Vorlage, Punkt 4 = Anlage 8 der Originalniederschrift).

2. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 519: Hilstrup – Westlich Meesenstiege / Milingheide wird gemäß §§ 2 und 10 in Verbindung mit § 12 Baugesetzbuch und §§ 7 und 41 Gemeindeordnung NW als Satzung beschlossen.

Die Begründung mit Umweltbericht zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 519 wird ebenfalls beschlossen.

Mit der Rechtskraft des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 519 treten die beiden Bebauungspläne HI 8 – Hilstrup-West und VBP 4: Hilstrup – Ortsteilzentrum Hilstrup-West (westlich der Meesenstiege), soweit sie vom neuen Plan überlagert werden, teilweise außer Kraft.

II. Kosten/Folgekosten

Der Stadt Münster entstehen durch den vorhabenbezogenen Bebauungsplan keine Kosten. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 519 beinhaltet den Vorhaben- und Erschließungsplan. Der Vorhabenträger übernimmt die sich aus der Planung ergebenden Kosten entsprechend dem Durchführungsvertrag.“

Punkt 11.2 der Tagesordnung

Stadtbezirk Südost

Punkt 11.2.1 der Tagesordnung V/0810/2009

Bebauungsplan Nr. 533: Wolbeck - Eschstraße (zwischen Silberbrink und Ortsumgehung) Beschluss zur Aufstellung

Der Hauptausschuss beschloss mit Mehrheit (OB, CDU, SPD, FDP) bei Gegenstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG/ÖDP, DIE LINKE.), dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung

Für den Ausbau der Eschstraße zwischen der Straße Silberbrink und der Ortsumgehung Wolbeck ist gemäß § 2 (1) BauGB ein Bebauungsplan unter anderem zur Festsetzung der Verkehrsflächen aufzustellen.

Innerhalb dieses Gebietes liegen folgende Grundstücke:

Gemarkung Wolbeck-Stadt, Flur 1, Teile der Flurstücke 1226, 2467, 2566, 2768, 3238

Gemarkung Wolbeck-Kspl., Flur 13, Teile der Flurstücke 71, 72, 73, 74, 76, 79, 80, 150, 213, 712, 715, 740, 777, 976

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadt Münster durch den Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes keine Kosten und keine Folgekosten entstehen.“

**Punkt 12 der Tagesordnung
V/0042/2010**
**Bestellung von Vertreter/innen der Stadt Münster
in den Ausschuss des Unterhaltungsverbandes II
St. Mauritz - Altenberge**

Es lag nachstehender einheitlicher Wahlvorschlag zur Bestellung von Vertreter/innen der Stadt Münster in den Ausschuss des Unterhaltungsverbandes II St. Mauritz-Altenberge vor:

„In den Ausschuss des Unterhaltungsverbandes II St. Mauritz-Altenberge werden als Vertreter der Stadt Münster bestellt:

Gruppe C (Städte und Gemeinden)

von der CDU

Mitglied		Stellvertretung	
1	Ludger Janning Im Aatal 146 48157 Münster	1	Josef Lütke Notarp Auf der Laer 1 48157 Münster

von der SPD

Mitglied		Stellvertretung	
2	Ludger Steinmann Willingrott 67 48157 Münster	2	Rebecca Schöne Josefstr. 13 48151 Münster“

Der Hauptausschuss beschloss unter Berücksichtigung des einheitlichen Wahlvorschlages einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung

1. In den Ausschuss des Unterhaltungsverbandes II St. Mauritz-Altenberge werden als Vertreter der Stadt Münster bestellt:

Gruppe C (Städte und Gemeinden)

von der CDU

Mitglied		Stellvertretung	
1	Ludger Janning Im Aatal 146 48157 Münster	1	Josef Lütke Notarp Auf der Laer 1 48157 Münster

von der SPD

Mitglied		Stellvertretung	
2	Ludger Steinmann Willingrott 67 48157 Münster	2	Rebecca Schöne Josefstr. 13 48151 Münster

2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Verwaltung in der Gruppe A (Erschwerer) durch eine Mitarbeiterin des Tiefbauamtes, Frau Jutta Boothe, (Stellvertretung: Thomas Wermers) vertreten wird.“

**Punkt 13 der Tagesordnung
V/0031/2010**

**Bestellung von Mitgliedern des Rates für den
Integrationsrat**

Es lag nachstehender einheitlicher Wahlvorschlag zur Bestellung von Mitgliedern des Rates für den Integrationsrat vor:

„Für den Integrationsrat werden als Vertreter/innen des Rates folgende Mitglieder bestellt:

1.	Franziskus-Pius Graf von Merveldt (CDU)
2.	Robert Otte (CDU)
3.	Petra Seyfferth (SPD)
4.	Robert von Olberg (SPD)
5.	Dr. Brigitte Hasenjürgen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL)
6.	Tim Rohleder (Bündnis 90/Die Grünen/GAL)
7.	Gisela Geschkewitz (FDP)
8.	Ali Atalan (DIE LINKE.)
9.	Marco Langenfeld (Pirat)

Die Gruppe UWG/ödp hat darauf verzichtet ein Mitglied zu benennen.“

Der Hauptausschuss beschloss unter Berücksichtigung des einheitlichen Wahlvorschlages einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung

1. Die Bestellung von Mitgliedern des Rates für den Integrationsrat erfolgt in Anwendung von § 50 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW).
2. Für den Integrationsrat werden als Vertreter/innen des Rates folgende Mitglieder bestellt:

1.	Franziskus-Pius Graf von Merveldt (CDU)
2.	Robert Otte (CDU)
3.	Petra Seyfferth (SPD)
4.	Robert von Olberg (SPD)
5.	Dr. Brigitte Hasenjürgen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL)
6.	Tim Rohleder (Bündnis 90/Die Grünen/GAL)
7.	Gisela Geschkewitz (FDP)
8.	Ali Atalan (DIE LINKE.)
9.	Marco Langenfeld (Pirat)“

Punkt 14 der Tagesordnung
V/0043/2010/1
V/0043/2010

Besetzungen und Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und sonstigen Gremien

Es lag eine Ergänzung zur Vorlage vor.

Die Vorlage und die Ergänzungsvorlage wurden ohne Beratung und Beschlussfassung in den Rat geschoben.

Punkt 15 der Tagesordnung
V/0044/2010

Entsendung von sachkundigen Einwohnern/innen in Ausschüsse des Rates

Herr **Klas** erkundigte sich, warum die Architektenkammer bzw. der Beirat für Stadtgestaltung bei der Entsendung eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft wieder Herren entsendet, obwohl die Verwaltung beauftragt wurde, bei der Besetzung von Kommissionen, Beiräten, Verwaltungs- und Aufsichtsräten und sonstigen Gremien die vorschlagenden Institutionen zu bitten, die Geschlechterparität zu beachten.

Herr **Klas** beantragte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL:

„Der Hauptausschuss möge beschließen

Das Anliegen des Umweltforums Münster e.V. wird entsprechend der namentlichen Nennung aufgegriffen und die Anzahl der sachkundigen Einwohner/innen im AUB und im ASSVW entsprechend erhöht.“

Nach ausführlicher Diskussion wurden die Vorlage und der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL ohne Beratung und Beschlussfassung in den Rat geschoben und die Verwaltung beauftragt zu prüfen, inwieweit bei den vorgelegten Besetzungsvorschlägen dem § 12 des Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen entsprochen werden kann.

Punkt 16 der Tagesordnung

Verschiedenes

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

gez.
 Markus Lewe
 Vorsitz

gez.
 Jürgen Kupferschmidt
 Schriftführung